

Griechenlands Standpunkt in der Inselfrage.

Der Nachdruck, mit dem die Pforte den Besitz der Ägäischen Inseln verteidigt, deren hellenischer Charakter angesichts der nur fünf Prozent betragenden muselmanischen Bevölkerung außer allem Zweifel steht, verursacht in politischen Kreisen einiges Erstaunen.

Die Behauptung, daß

Chios und Mytilene

infolge ihrer Nähe am asiatischen Ufer zu gefährlichen Herden der griechischen Propaganda werden könnten, erscheint wenig überzeugend; denn nirgend in Kleinasien haben die Hellenen, obgleich sie sehr zahlreich sind, das numerische Übergewicht, das ihnen gestatten könnte, die politische Unabhängigkeit oder den Anschluß an Griechenland anzustreben. Was die Gesamtheit der Privilegien der griechischen Nation betrifft, die Graf Berchtold in den Begriff der ethnologischen Autonomie zusammengefaßt hat, so werden die asiatischen Griechen ohne Frage dieser Privilegien unter der Kollektivgarantie der Mächte teilhaftig werden, und eine Demonstration der griechischen Flotte würde genügen, um die Türken an den Respekt vor den kaiserlichen Firmans und den internationalen Vereinbarungen zu erinnern.

Das andere Argument, nämlich daß die Besetzung von

Imbros, Tenedos und Thajos

die Dardanellen an Griechenland auf Gnade und Ungnade ausliefern würden, hat nur relativen Wert; denn selbst wenn Europa eines Tages die Entfestigung der Meerenge fordern sollte, so würde ein solches Ansuchen nicht an die Türkei gestellt werden, ohne daß gleichzeitig Griechenland gezwungen würde, gewisse Inseln als neutral zu erklären.

Bleiben aber die Dinge wie sie sind, so beweist

das Beispiel des letzten Krieges,

daß die Inseln, ohne auch nur im geringsten die Meerenge zu beherrschen, umgekehrt fortgesetzt einem Angriff von Seiten der feindlichen Flotte ausgesetzt sind, die unter dem Schutz der Forts zu ähnlichen Aktionen schreiten könnten, wie es das ottomanische Geschwader am 22. Dezember 1912 gegen Tenedos tatsächlich unternommen hat.

Was den

ethnologischen Anspruch Griechenlands

auf die Inseln betrifft, so sei darauf hingewiesen, daß die Ägäischen Inseln seit dem ersten Tage ihrer Geschichte griechisch gewesen und griechisch geblieben sind, vom Falle Konstantinopels an bis in die heutige Zeit. Gegenwärtig existieren auf den Ägäischen Inseln 469 775 Griechen bei einer Gesamtbevölkerung von 498 585, die überdies 4158 Juden und Fremde einschließt, und kaum 25 000 Muselmanen aufweist. Die Bewohner der Inseln sprechen das reinste Griechisch, und der intellektuelle und moralische Einfluß Griechenlands kommt in 494 griechischen Schulen zur Geltung, mit einem Lehrpersonal von 699 Lehrern und 373 Lehrerinnen und einem Besuch von 46 757 Schülern beiderlei Geschlechts. Die ottomanische Regierung trägt zum Unterhalt dieser Schulen nicht einen einzigen Pfennig bei. Die Gefühle der Bevölkerung waren immer auf Seiten Griechenlands, ihre Religion ist griechisch, was ja auch die vielen Kirchen mit orthodoxem Kultus beweisen, die sich auf die sieben Ägäischen Diözesen verteilen.

Aus allen diesen Gründen, und auch auf Grund des Nationalitätenprinzips, das von den Berliner Kongressen im Jahre 1878 anerkannt worden ist, muß der Archipel, der griechisch ist, wie selbst die Italiener anerkannt haben, zu vollem Besitz an Griechenland zurückfallen, und zwar ohne jede Einschränkung in bezug auf Souveränität oder Suzeränität; denn, wenn nach dem Türkisch-Italienischen Kriege noch von Autonomie und von Privilegien die Rede sein könnte, so würde heute, nach einem siegreichen Kriege und nach tatsächlich erfolgter Besetzung der meisten der Inseln durch Griechenland, jede andere Lösung als die absolute Annexion ein Anachronismus, der ungezählten Gefahren sowohl für das Schicksal der Inselbewohner wie auch für den Frieden Europas in sich schließen.

Deutsches Reich.

Hof und Gesellschaft. Der Kaiser kehrte am Montagabend aus Berlin, wo er mehrere Tage im Schloß wohnte, wieder nach dem Neuen Palais in Potsdam zurück. Die Vereidigung der Wilhelmshavener Rekruten in Anwesenheit des Monarchen wurde auf den Beginn der zweiten Hälfte des Februar festgesetzt.

Der Friede zwischen Ärzten und Arantenkassen gefährdet. Wegen der Entfernung der in Stettin und Breslau an den Kassen noch angestellten sogenannten dienstwilligen Ärzte, die bekanntlich Voraussetzung für die Annahme des Abkommens und den Abschluß von gültigen Verträgen im ganzen Reiche ist, kam es zu neuen Differenzen, deren Regelung zurzeit Gegenstand von Besprechungen im Reichsamte des Innern ist.

Für die Reichstags-Verwahl im Wahlkreise Hanau-Gelnhausen stellte eine Vertrauensmännerversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei als Kandidaten den Professor Hiltmann-Frankfurt a. M. auf.

Nach den Straßburger Kriegsgerichtsverhandlungen. Dem Kommandeur des Zaberner Infanterieregiments Nr. 99, Oberst von Reuter, der sich zurzeit zu Oberkirch im Schwarzwald auf Urlaub befindet, sind mehr als fünfzehntausend Telegramme, Briefe und Karten zugegangen, die ihn zu seiner Freisprechung beglückwünschten und ihm die Sympathien der Absender ausdrückten. So sympathisch aber auch das Urteil im Reuterprozeß aufgenommen wurde, ebenso bestrebend wirkte in weiten, auch nationalen, Kreisen die vor dem Berufungsgericht

erfolgte Freisprechung des Leutnants Frhrn. von Forstner, da man nicht begreift, wie man dessen Säbelangriff auf den lahmen Schuster in Dettweiler als Akt der Notwehr ansehen konnte.

Zwist im Polenlager. Bei der Reichstagsverwahl im Wahlkreise Rosenberg-Löbau ist eine polnische Stimmerspaltung nicht ausgeschlossen, weil der polnische Kandidat Kaszowski den Uebergang eines polnischen Gutes in deutsche Hand mitverschuldet haben soll.

Ominöse Glückwunschtelegramme? Am Tage der Kriegsgerichts-Verhandlungen gegen die Zaberner Offiziere waren, wie die „Straßburger Neue Ztg.“ zu melden weiß, auf dem dortigen Hauptpostamt zwei Telegramme aufgegeben worden mit folgendem Wortlaut: „Freispruch,

Leiste Güte. Pelet.“ Die Telegramme seien an die Adressen „Jagow Berlin“ und „Oldenburg-Januschau, Westpreußen“ gesandt worden. Daraus folgert nun das Blatt, zumal der Vorsitzende des Militärgerichtes von Pelet-Rabonne heiße, und die Telegramme durch einen Offiziersburschen aufgegeben worden seien, daß der Gerichtsvorsitzende und der Absender der Telegramme identisch seien. Außerdem seien diese von dem Offiziersburschen bereits zu einer Zeit aufgegeben, wo die ersten Pressevertreter trotz Benützung von Autos noch nicht auf dem Telegraphenamt angelangt waren, sie müssen also bereits vor der öffentlichen Verkündung des Urteils niedergeschrieben worden sein. — Selbst wenn diese Schilderung den Tatsachen entsprechen sollte, so kann man daraus doch wohl kaum neues Hekklapital schlagen; denn die Absendung eines derartigen oder ähnlichen Telegramms wäre lediglich Privatsache des Absenders, und sie ist wahrscheinlich nur erfolgt, weil der Absender von den Adressaten, seinen guten Bekannten, darum gebeten worden war.

Ausland.

Frankreich.

Die Kosten der dreijährigen Dienstzeit.

Nach einem vom Kriegsminister erstatteten Bericht über die Ausgaben, welche der dreijährige Dienst und die Verbesserung der Bewaffnung erheischen, betragen die nicht wiederkehrenden Ausgaben für das Dreijahresgesetz 650 Millionen Franc, die auf drei Jahre verteilt werden und hauptsächlich für den Bau von Kasernen bestimmt sind. Die Verbesserung der Bewaffnung wird 1400 Millionen kosten, von welchen 220 Millionen nicht dringend sind, da ihre Verwendung nicht vor dem Jahre 1919 vorgesehen ist. Das übrige Programm von 1200 Millionen Franc soll in sieben Jahren durchgeführt werden, und zwar sollen 400 Millionen im Wege des normalen Budgets, die übrigen 800 Millionen durch besondere Hilfsquellen aufgebracht werden.

Südafrika.

Verdächtigungen der Lage.

Mit den aus den südafrikanischen Kolonien Englands über die gegenwärtige Auslandsbewegung eintreffenden Nachrichten geht es allem Anschein nach genau so wie mit der Berichterstattung über die letzten Balkankriege: ein Tag desavouiert den andern. So wird jetzt gemeldet, daß der Streik der Eisenbahner am Montag bedeutliche Fortschritte gemacht habe, indem auch die Seher, Drucker und Bergleute mit großer Mehrheit sich für diese Kraftprobe entschieden hätten. In einigen Städten hätten die Arbeiter die Abstimmung, ob Generalstreik oder nicht, gar nicht erst abgewartet, sondern ohne weiteres den Sympathiestreik erklärt.

China.

Auflösung des Parlaments.

Ein Erlaß des Präsidenten Juanshikai ordnete die Auflösung des Parlaments an, weil es unmöglich sei, eine Beschlußfähigkeit zu erreichen. Ein weiterer Erlaß wies die Notwendigkeit nach, die das Parlament und die Wahlen betreffenden Gesetze umzuarbeiten. Die Wiedereinberufung des Parlaments nach Abänderung dieser Gesetze wird feierlich versprochen. Gleichzeitig wird der Verwaltungsrat beauftragt, das Ergebnis seiner Erwägungen über die Organisation einer Kommission zur Abänderung der Verfassung vorzulegen.

Mexiko.

Eine schwere Niederlage der Truppen Huertias.

Mit siebentausend Insurgenten stand seit einigen Tagen der wiederergründete Rebellen-General Villa in heftigem Kampfe mit den Regierungstruppen bei der Stadt Djinaga, der mit einer völligen Niederlage der letzteren endete. Die Stadt wurde eingenommen, nachdem fast die ganze aus viertausend Mann bestehende Garnison noch Zeit gefunden hatte, sich über den Rio Grande auf amerikanisches Gebiet zu retten, wo die flüchtigen Soldaten von der amerikanischen Grenztruppe entwaffnet wurden. Infolge dieses Sieges hat Villa die unbestrittene Herrschaft über einen großen Teil Nordmexikos.

Deutscher Reichstag.

189. Sitzung.

§ Berlin, 13. Januar 1914.

Die heutige erste Reichstags-Sitzung nach der vierwöchigen Weihnachtspause zeigte ein spärlich besetztes Haus. Es standen freilich nur Petitionen zur Beratung, aber einige doch von so weittragender allgemeiner Bedeutung, daß sie größere Arbeitsfreudigkeit verdient hätten. Die Anhänger des politischen Frauenstimmrechts sind im Reichstage noch arg in der Minderheit. Immerhin war die Kommission gegenüber den Damen, die das aktive und passive Reichstagswahlrecht für sich fordern, höflich genug, nicht den einfachen Uebergang zur Tagesordnung zu beantragen, sondern für diese Bittschrift den ganz ungewöhnlichen Weg der Ueberweisung zur Kenntnisnahme vorzuschlagen. — Nicht mit Unrecht sehen viele in der

Rechtigkeit, postlagernde Sendungen aufzugeben, eine gewisse Gefahr für die Sittlichkeit. Eine Bittschrift, die für alle postlagernde Sendungen die volle Adresse des Empfängers verlangt, wurde daher zur Berücksichtigung überwiesen. — Schließlich entspann sich noch eine Aussprache hinsichtlich des Militärpostlots über Lokale. Dabei gab der Vertreter des Kriegsministeriums die bemerkenswerte Erklärung ab, daß ein Militärpostlot nur verhängt wird, wenn durch den Besuch eines Lokals sich disziplinschädigende Wirkungen für das Militär ergeben können. Die politische Bestimmung des Birtes komme nicht in Betracht. Die Sozialdemokraten behaupteten freilich, daß es in der Praxis anders aussehe. — Morgen stehen wieder Petitionen auf der Tagesordnung.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

3. Sitzung. × Berlin, 13. Januar 1914.

Zu Beginn der Sitzung erfolgte die Wahl des Präsidiums; es wurde auf Vorschlag des Abgeordneten Freiherrn von Jedlich das bisherige Präsidium: Dr. Graf von Schwerin-Löwitz als Präsident, Dr. Vorch als Erster Vizepräsident und Dr. von Krause als Zweiter Vizepräsident durch Jurof wiedergewählt. Dann trat man in die erste Lesung des Etats. Als ersten Redner schiedten die Konventionen nicht wie sonst Herrn von Pappenheim vor, sondern Herrn Windler, dessen Ausführungen deutlich eine Spitze gegen die Regierung enthielten, die es anlässlich der letzten Reichsfinanzgesetze und auch in anderen Fragen der jüngsten Zeit an der nötigen Energie hätte fehlen lassen. Bedenklich müßte auch stimmen, daß bei Behandlung der reichs-gesetzlichen Gestaltung der Frage der Arbeitslosenfürsorge die regierungsseitigen Erklärungen nicht eine glatte Ablehnung bedeutet hätten. — Herr von Bethmann Hollweg, der sofort nach Herrn Windler das Wort ergriff, hatte heute ganz entschieden einen guten Tag. Es mußte allgemein sympathisch berühren, in welcher ruhiger und doch entschiedener Weise er die Angriffe aus dem konservativen Lager zurückwies, besonders die Angriffe, die erhoben seien, ohne daß dabei auch nur der Versuch gemacht wurde, einen Beweis zu erbringen. Besonders glücklich war der Ministerpräsident, als er mit Nachdruck darauf hinwies, daß es gerade die Ablehnung der Erbschaftsteuer gewesen sei, die den Drang nach Reichs-besitzsteuern verstärkt habe. Erst diese Ablehnung habe die außerordentliche Erbitterung in das Volk getragen. Der Kanzler sprach geradezu der konservativen Partei die Berechtigung ab, der Regierung einen Mangel an Festigkeit vorzuwerfen. Seien es doch gerade die Konventionen gewesen, die im kritischen Moment versagt hätten. Das Interesse des Hauses ebte ganz erheblich ab, als der Kanzler geendet, um dem Redner des Zentrums, Herrn Herold, Platz zu machen. Die Darlegungen des Zentrumsredners, die in einem Sehnsuchtschrei nach den Jesuiten ausklangen, brachten nicht viel Neues. — Lebhafter wurde es erst wieder bei den Ausführungen des Abg. Röschling, der diesmal an Stelle des Herrn Friedberg von den Nationalliberalen vorgeschickt war. Seine Stellung zum preussischen Wahlrecht besonders, sowie seine Stellungnahme zu den Vorgängen in Zabern konnten keineswegs den Beifall der Freisinnigen und Sozialdemokraten erwecken. Am wenigsten konnte sich Herr Liebnecht mit dem Redner befreundeten, da er sich durchaus zum Fürsprecher der Militärverwaltung machte. Aber auch Herr Bethmann Hollweg sah sich genötigt, gegen einige Darlegungen des Redners sein Veto einzulegen im Zusammenhang mit den Vorkommnissen in Zabern. Im Anschluß daran äußerte sich der Ministerpräsident noch über die Reform des Wahlrechts in Preußen, um zum Schluß zu der braunschweigischen Frage, die Aspirationen der welfischen Partei als nicht ernst zu nehmende Träumereien zu stigmatisieren. Nach reichlich 6 1/2 stündiger Sitzung vertagte sich dann das Haus.

Letzte Nachrichten.

Ein Pistolenduell, das glücklicherweise unblutig verlief, fand im Walde bei Antensen (Kreis Peine) zwischen dem Gutsbesitzer Legationsrat a. D. von Floedter und dem Gutspächter Köhne statt. Die Duellursache soll in einem Streit um eine Urkunde liegen.

Dynamitexplosion. Dienstag mittag explodierte das Dynamitlager der Firma Grüner in Querenburg bei Langendreeer. Drei Personen wurden getötet. Die Ursache der Explosion ist noch unbekannt.

Durch den Vulkan-Ausbruch auf der Insel Satsumaschima sind das gleichnamige japanische Dorf und noch andere Dörfer zerstört worden. Die Verbindung ist unterbrochen. Die Lage ist ernst; zwei Marinegeschwader haben sich in aller Eile dorthin begeben. Vor dem Ausbruch des Vulkans fanden mehrere Tage hindurch Erdbeben statt. Ein Mischenregen verhüllte die Insel und fiel bis in die zwei Meilen entfernte Stadt Kagoschima. Das Schicksal der 20 000 Bewohner der Insel und von acht Dörfern ist noch unbekannt, da der Telegraph unterbrochen ist. Der letzte vulkanische Ausbruch auf der Insel hat 1780 stattgefunden.

Die neue Auszeichnung. Der Vorsitzende des Deutschen Patriotenbundes Geheimer Hofrat K l e m e n s T h i e m e in Leipzig hat an Stelle des ihm anlässlich der Weibe des Völterichachtendmals verliehenen, von ihm aber abgelehnten Roten Adlerordens vierter Klasse, den Roten Adlerorden dritter Klasse mit der Krone erhalten. Geheimrat Thieme hat diese Auszeichnung angenommen.

Kleine politische Nachrichten.

Ins Preussische Herrenhaus wurde der Oberbürgermeister von Kassel, Erich Koch, für die Dauer seiner Amtsführung berufen.